

# Holzarbeiter Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 11

Berlin, den 12. März 1932

40. Jahrgang

## Wir schlagen Hitler und den Faschismus Zum dreizehnten März

Am 13. März 1932 schlägt das deutsche Proletariat eine Schlacht gegen den Faschismus. Der 13. März ist ein Tag, der nicht zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Freiheit eine bedeutsame Rolle spielt.

Am 13. März 1848 tagten im Wiener Ständehaus die Vertreter des alten Österreich. Draußen auf dem Platze aber staute sich eine Volksmasse.

Auf dem Thron der Habsburger saß Kaiser Ferdinand, ein Trottel, der im Volksmunde den Spitznamen Nandl hatte. Die Herrschaft aber führte jener Fürst Metternich, der in der Geschichte als der Vater des Vormärz gilt. Die Zensur wütete in ganz Deutschland. Das Zeichen deutscher Einheit und Freiheit, die Farben Schwarz-Rot-Gold, waren streng verboten, und wer sie trug, wurde in die Festung geworfen. Der Dichter des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ irrte als Ausgewiesener durch die Lande. Das Volk lebte im Elend und versuchte vergeblich, in verzweifelten Aufständen — man lese Hauptmanns „Weber“ — die Ketten zu brechen. Eine korrupte, Adel und Geistlichkeit bevorzugende Finanzwirtschaft hatte den österreichischen Staatsschatz in einen so erbärmlichen Zustand versetzt, daß der blöde Ferdinand sich nur mit den Worten trösten konnte: „Mich und den Metternich hält's noch aus!“ Da war es ein Fanal, als in Paris das Volk aufstand, um Ludwig Philipp, den König der Großbourgeoisie, zu verjagen. Der Sieg der französischen Februarrevolution, die den allmächtigen Minister Guizot in Weiberkleidern nach England fliehen ließ, bedeutete den Aufbruch der deutschen Revolution. Am denkwürdigen 13. März war es, daß sich Bürger und Studenten unter dem Rufe „Fort mit Metternich“ vereinten. Und am 13. März abends rief einer der Revolutionäre von einem Gaskandelaber aus mit Donnerstimme in die Volksmasse hinein: „Metternich ist gestürzt, ist fort!“ Durch eine Hintertür war Österreichs mächtigster Mann von dannen geschlichen. Unerkannt kam er aus der Stadt und floh über Prag nach London.

Am 13. März 1920 brach in Berlin der Kapp-Putsch aus. Noch nicht drei Vierteljahre waren vergangen, seit sich das deutsche Volk nach dem furchtbaren Zusammenbruch des Kaiserreichs in Weimar die demokratisch-republikanische Verfassung gegeben hatte. Die Demokratie bedeutete für die herrschenden Mächte des wilhelminischen Reiches den Verlust ihrer feuren und wertvollen

Vorrechte. Der Offizier, der bisher den ersten Stand dargestellt hatte, sollte nicht mehr sein als der Arbeiter, und die Stimme des Proletariats sollte im politischen Leben das gleiche Gewicht haben wie die Stimme des millionenschweren Schlotbarons, der unter dem hochgepriesenen seligen Dreiklassenwahlrecht politische Einsicht durch den Geldbeutel ersetzen konnte. Kann man sich wundern, daß es die Sehnsucht der Gestürzten war, wieder an die Macht zu gelangen, wieder Herren zu werden über ein Volk von Knechten und Untertanen? Noch war die Republik nicht befestigt, noch waren die Wehen einer so schweren Geburt nicht überwunden. Das Elend des durch das Kaiserreich verlorenen Krieges lastete und drückte, und die Torheit eines Gewaltfriedens bot billigen Vorwand, dem Eigennutz ein patriotisches Mäntelchen umzuhängen. Am 13. März 1920 wehten in der Wilhelmstraße die Kriegsflaggen des alten Reiches, und auf den Straßen herrschte die Soldateska. Freilich, in der Reichskanzlei machte sich größte Unfähigkeit breit. Und alle die Mächtigen von vorgestern drängten mit solchem Eifer an die Futterkrippe, daß einer, der es wissen muß, ein Vertrauter Kapps, Herr Schnitzler, von der Reichskanzlei als von einer Judenschule sprach. Am gleichen 13. März 1920 stellten sich aber auch, ohne eine Minute zu zögern, die Vertreter der Arbeiterschaft, die kampfgeübten Männer der Gewerk-

schaften und der sozialdemokratischen Parteien zusammen, um zum vernichtenden Gegenstoß auszuholen. Deutschlands arbeitendes Volk in seiner Gesamtheit trat in den Generalstreik. Als ein schmachlich Besiegter mußte der Generallandschaftsdirektor Kapp das Feld vor der Arbeiterschaft räumen. Im Flugzeug floh er nach Schweden.

Am 13. März 1932 schlägt das deutsche Proletariat eine Schlacht gegen den Faschismus. Die Harzburger greifen nach der höchsten Würde der Deutschen Republik, nach der Reichspräsidenschaft. Das deutsche Proletariat wird dies unter keinen Umständen zulassen. Es weiß, daß die Ergreifung der Staatsmacht durch den Hitler-Hugenbergischen Faschismus das Ende aller Arbeiterrechte bedeutet. Es hat deutlich erkannt, daß der Kampf der Harzburger Front sich gegen die Gewerkschaften und gegen alles das richtet, was sich die deutschen Arbeiter in jahrzehntelangen Kämpfen errungen haben. Sie führt deshalb diesen Wahlkampf unter der einen großen Parole: Hitler und seine Gefolgsleute, Hitler und seine Hintermänner müssen geschlagen werden.

Der 13. März ist in der deutschen Geschichte ein bedeutsamer Tag. Denken wir daran, daß auf den Sieg der Revolution in Wien vom 13. März 1848 finsterste Militärreaktion folgte. Furchtbar wütete die Rache. Galgen und Sandhaufen kennzeichneten den Sieg der Reaktion. Uneinigkeit unter den frei-

heitlich Gesinnten hatte den Sieg der Reaktion herbeigeführt.

Der Märzputsch der Kappisten vom Jahre 1920 ist gleichfalls durch Mord und Blut gekennzeichnet. Mit Schrecken erinnern wir uns der vierzehn unschuldigen Arbeiter von Thal, die bei Mechterstedt von studentischer Soldateska niedergeknallt wurden, weil nach dem Worte eines beteiligten Mediziners die Anatomie Leichen brauchte. Aber auch diese Schreckenstat stand wahrlich nicht allein. Die Reaktion ist immer von blutigen Gewalttaten begleitet. Noch stets in der Geschichte ist das Volk milde gewesen, während angemessene Herrschaft nur mit Beil und Bajonetten regieren kann.

Die Arbeiterschaft hat aus der Geschichte gelernt. Deshalb weiß sie, was sie am 13. März 1932 zu tun hat. Es gibt für sie nur ein Ziel: der Faschismus muß geschlagen werden!

Der Faschismus ist das Bekenntnis zur nackten Gewalt, die im Interesse von Geldsack und Kastendünkel gegen das Proletariat angewandt wird. Die Dokumente von Boxheim reden eine deutliche Sprache. Die Tatsache, daß vom 29. Dezember 1929 bis zum 12. November 1931 nicht weniger als 62 Arbeiter, darunter eine Frau, von den Anhängern des Braunen Hauses umgebracht worden sind, muß jedem Proletarier die Augen öffnen. Weil wir wissen, worum es geht, treten wir in Erfüllung ernstester Pflicht als bewußte Klassenkämpfer an die Wahlurne mit dem Gelöbnis: Der Faschismus wird besiegt! *Hennig Understadt.*

## Eiserne Front! Vorwärts zum Angriff!

Am 13. März wird mit der Reichspräsidentenwahl die große Schlacht für Volksrechte gegen Diktatur geschlagen. Alle Gliederungen der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen.

Die politische Führung der Eisernen Front hat das Ziel bestimmt: Weder ein Hitler noch ein Duesterberg darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalthaber, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Mag sich Thälmann noch so sehr bücken, auch über seinen Rücken hinweg darf Hitler den Stuhl Friedrich Eberts nicht erreichen.

Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmässig sein Amt versah — darum will man ihn vom Platze stoßen. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungsbruch soll frei gemacht werden.

Jetzt gilt es zu kämpfen! Hitler muß geschlagen werden! Schlagt Hitler, und die faschistische Front zerbricht! Die Eiserne Front kämpft, sie diskutiert nicht. Jetzt gilt es, in eiserner Disziplin der Führung zu folgen. Sieg ist die Parole! Sieg unserer Sache, nicht eines Namens.

Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler. Darum entscheidet sich die Eiserne Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

### Schluß mit Preisabbau?

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, hat am 29. Februar über alle deutschen Rundfunksender eine Rede gehalten, die allgemein als seine Abschiedsrede aufgefaßt wurde. Er führte aus, daß eine unbegrenzte Fortsetzung des Preisabbaues auf allen Gebieten zu einer allgemeinen Einkaufszurückhaltung führen müsse und damit zu einer schweren Schädigung des ganzen Produktionsapparates. Jetzt seien wir bei einem Beharrungszustand angelangt, der so stabil sei, daß wirtschaftliche Dispositionen wieder für eine gewisse Zeit getroffen werden könnten. Mit anderen Worten heißt das alles: Schluß mit der bisherigen Deflationspolitik und Schluß mit dem Preisabbau!

Gegen die Einstellung der Deflationspolitik hat die Arbeiterschaft nichts einzuwenden, im Gegenteil, sie begrüßt diesen Entschluß der Reichsregierung. Denn die Tatsachen haben bewiesen, was hier von vornherein vorausgesagt wurde, daß diese Deflationspolitik auf Kosten der Arbeiter betrieben wird.

Nach der Lohnseite hin hat die Reichsregierung einen vollen „Erfolg“ zu verzeichnen. Sie ist damit aber anscheinend noch lange nicht zufrieden, denn im Reichsarbeitsministerium arbeitet man mit ganzer Kraft auf einen weiteren Lohnabbau hin. Das Statistische Reichsamt hat kürzlich die vorläufigen Ergebnisse der Auswirkung der Dezember-Notverordnung auf die Tariflöhne bekanntgegeben. Danach betrug am 1. Januar 1932 für alle erfaßten Arbeitergruppen die Lohnsenkung gegenüber dem Stande vom 1. Dezember 1931 durchschnittlich 9,6 Prozent. Im einzelnen betrug die Senkung für Facharbeiter 9,1 Prozent, für Angelernte 10,2 Prozent, für Hilfsarbeiter 9,3 Prozent, für weibliche Fach- und für angelernte Arbeiter 11,4 Prozent und für Hilfsarbeiterinnen 11,3 Prozent.

Diese Feststellungen des Statistischen Reichsamts bleiben hinter der Wirklichkeit zurück, nicht zuletzt wegen der verschiedenen Fehlerquellen der amtlichen Tariflohnstatistik. Auf eine ganz große ist hier in dem Aufsatz „Statistischer Unrig“ (Nr. 9 der „H.-Z.“) schon hingewiesen worden. Dann müssen die Lohnabzüge, die in den ersten Januartagen in Kraft getreten sind, mit berücksichtigt werden. Geschieht dies, dann beträgt die Lohnsenkung mindestens 12 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt die Lohnstatistik des A D G B. Danach beträgt ab 1. Januar 1932 der Lohnabbau im einzelnen und im ganzen:

Für Beschäftigte	Abbau in Prozent
147 000 .....	bis 5
101 000 .....	6
57 000 .....	7
314 000 .....	8
152 000 .....	9
1 069 000 .....	10
110 000 .....	11
19 000 .....	12
251 000 .....	13
351 000 .....	14
1 630 000 .....	15
19 000 .....	über 15

Im gewogenen Durchschnitt beträgt die Lohnsenkung 12 Prozent. Wie steht es nun demgegenüber mit dem Preisabbau? Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten betrug im Durchschnitt des Monats Februar 122,6 Prozent gegen 124,5 Prozent im Januar und 130,4 Prozent im Dezember 1931. Das ist seit Dezember ein Rückgang um 7,8 Punkte oder 5,9 Prozent. Der Lohnabbau ist also doppelt so groß wie der Preisabbau! Das ist das Ergebnis der Deflationspolitik.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hat in seinem bekannten Schreiben vom 12. Dezember 1931 an den Parteivorstand der SPD. hoch und heilig versichert, daß durch die in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vorgeschriebene Lohnkürzung die Realkaufkraft der Verbraucher nicht gesetzt werden solle. Die Preise müßten in dem gleichen Maße abgebaut werden wie die Löhne. Geschehe dies nicht, dann entspreche für die Reichsregierung eine andere Lage.

Diese „andere Lage“ ist nun da. Was geschieht nun, was will die Reichsregierung tun? Nach der Erklärung des Dr. Goerdeler gar nichts. Sie will sich damit abfinden, daß die Arbeitseinkommen um etwa 50 Prozent

mehr gesenkt bleiben als die Lebenshaltungskosten. Dagegen erheben wir den schärfsten Protest. Wir verlangen, daß die Reichsregierung aus der „anderen Lage“ die notwendigen Konsequenzen zieht. Die Preise müssen den gesetzlich gesenkten Löhnen unter allen Umständen angepaßt werden!

### Die Gewerkschaften und der Krieg im Fernen Osten

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner letzten Sitzung mit den weltpolitischen Gefahren beschäftigt, die aus der Fortdauer des Krieges im Fernen Osten sich ergeben können, wenn der Völkerbund, dem Sinn seiner Existenz und seiner Aufgaben zuwider, sich weiterhin untätig verhält, obwohl es seine Pflicht gewesen wäre, diesen Krieg ohne Kriegserklärung schon vor Monaten aus eigener Initiative durch aktives Eingreifen zu beenden. Die allgemeinen Friedenssicherungsverträge, die in den letzten Jahren in feierlichster Form abgeschlossen wurden, verlieren durch diese Passivität des Völkerbundes, durch die Geheimdiplomatie der bewaffneten Großmächte und durch das unverantwortliche Verschleppen dringender Entscheidungen jede praktische Bedeutung. Der Bundesvorstand ist im Einvernehmen mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der einmütigen Überzeugung, daß der Konflikt zwischen Japan und China niemals zu kriegerischen Aktionen dieses Ausmaßes hätte führen können, wenn die Signatarmächte des Versailler Vertrages, die den Völkerbund ins Leben gerufen haben und für das Maß seiner Aktivität verantwortlich sind, schon vor Jahren damit Ernst gemacht hätten, ihr Versprechen einzuhalten, gemäß dem deutschen Vorbild die Abrüstung durchzuführen oder wenigstens einzuleiten. Die Gewerkschaften erwarten, daß die deutsche Reichsregierung in der Völkerbundsversammlung, die am 3. März zusammengetreten ist, ihren ganzen Einfluß aufbietet, eine klare Stellungnahme des Völkerbundes herbeizuführen, um den Krieg Japans gegen China zu beenden und wirksame Sicherungen gegen die Bedrohung des Weltfriedens sowohl bei diesen Verhandlungen wie in den Beratungen der Abrüstungskonferenz durchzusetzen.

### Verstaatlichung der Montanindustrie

Die Forderung der Bergarbeiterverbände auf Überführung des Bergbaues in Gemeineigentum hat durch einen Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine wertvolle Unterstützung erfahren. Ihr Entwurf eines „Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie“ fordert, daß die im Privateigentum befindlichen Betriebe des Bergbaues einschließlich der Nebenbetriebe gegen Entschädigung in Reichseigentum überzuführen sind. Das gleiche soll gelten für die mit dem Kohlenbergbau verbundenen Betriebe der Grobeisenindustrie sowie für die mit dem Metallbergbau verbundenen Hütten und Walzwerke. Die Höhe der Entschädigung soll sich richten nach den gegenwärtigen Ertragswerten.

Über die weitere Verwaltung der Unternehmungen heißt es in dem sozialdemokratischen Antrag: „Die in Reichseigentum übergeführten Betriebe sind nach Industriezweigen in regionale Betriebsgesellschaften und zentrale Dachgesellschaften zusammenzufassen, an deren Aufsichtsorganen Vertreter des Reichstags sowie der gewerkschaftlichen Fachverbände und Spitzenorganisationen angemessen zu beteiligen sind.“

Dieser Antrag der sozialdemokratischen Fraktion stand in der Radausitzung des Reichstags am 26. Februar zur Verhandlung. Die Nazis entzogen sich der Entscheidung über diese wichtige Lebensfrage der deutschen Wirtschaft durch die Flucht aus dem Reichstag. Etwas anderes kann man von dieser Sorte „Sozialisten“ auch nicht erwarten. Die Mehrheit des Reichstags verweist den sozialdemokratischen Antrag schließlich an seine zuständigen Ausschüsse. Wir wollen hoffen, daß diese recht bald ihre Arbeit aufnehmen, und daß sich in der nächsten Sitzung des Reichstags eine Mehrheit für die Verstaatlichung der Montanindustrie findet.

### Geburtenrationalisierung

Zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges betrug in Deutschland das durchschnittliche Lebensalter etwa 20 Jahre. Jetzt beträgt es 57,4 Jahre. Und das trotz des Millionensterbens an den Fronten und hinter den Fronten des fast fünfjährigen Weltkrieges, der für Deutschland ganz besonders deshalb so überaus stark menschenvernichtend war, weil er als Aushungerungskrieg geführt wurde. Eine solche bedeutende Verlängerung der Durchschnittslebensdauer macht es unmöglich, daß Menschen in unbeschränkter Zahl geboren werden können.

Will man die Menschen in das Erden-dasein eintreten lassen wie früher, dann muß man sie auch wie früher in Massen sterben lassen. Mit Recht treten immer mehr Ärzte dafür ein, die hemmenden Gesetzesfesseln zu beseitigen, die der Rationalisierung der Geburten im Wege stehen. Ohne Frage kann Deutschland solche innerlich unwahrhaftigen Gesetzesbestimmungen ebenso unbedenklich den Notwendigkeiten der Zeit anpassen, wie es viele Staaten schon getan haben.

Gerade die Frauen der Unbemittelten werden gesundheitlich durch den § 218 des Strafgesetzbuches besonders schwer gefährdet. Viele Todesfälle, Siechtum, Erpressung, Tötung Neugeborener haben den lebensfremden § 218 zur Ursache. Nicht zwar dem Wortlaut, wohl aber den Tatsachen des Lebens nach handelt es sich hier um ein Klassengesetz allerschlimmster Art. Die oberen und gut verdienenden Schichten des Volkes haben zu allen Zeiten Mittel und Wege gefunden, unerwünschte Geburten mit ärztlicher Hilfe zu verhindern. Sie finden sie auch heute.

Es ist kaum eine häßlichere Aufgabe denkbar als die, die einem Richter gestellt wird, wenn er über Verfehlungen gegen den § 218 harte Strafen verhängen muß. Ist die Zahl der Kinder in den Familien der Richter etwa größer, als sie in anderen Familien ist, die gesellschaftlich und wirtschaftlich als gleichwertig gelten? Es macht auch einen eigenartigen Eindruck, wenn die Kirche über sogenannte „sittliche Verfehlungen“ schimpft. In den Pfarrfamilien wachsen auch längst nicht mehr die Kinder ungenügend in das Erdenleben hinein.

Was soll das in Deutschland in vielen Dingen so beliebte Den-Kopf-in-den-Sand-Stecken, was soll das Sichverstellen und Heucheln, was soll vollends der Zwang bedeuten, ein Recht zu vertreten, das nur zu viele als Klassen- oder unmittelbares Unrecht empfinden? Aus so etwas kann ein Volk weder ideell noch materiell Nutzen ziehen, wohl aber großen Schaden und viel Leid.

Vor einiger Zeit hat sich der Papst dafür eingesetzt, die Geburtenrationalisierung noch schärfer mit gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen, als es in Deutschland schon geschieht. Ein Arzt antwortete kürzlich darauf, daß die Kirche sich dann auch dafür einsetzen müsse, daß die Erhaltung und Verlängerung des menschlichen Lebens durch die medizinische Kunst und die hygienische Wohlfahrtspflege verhindert würde. Das zu sagen, sei zwar ein glatter Unsinn. Er sei aber nicht größer als der Unsinn, der die Frauen allgemein zu Gebärmaschinen machen wolle. Wenn man doch den Mut hätte, wahrhaftig, gerecht und ehrlich zu sein.

Wenn ein Staat Gesetze beschließt, dann beschließt er für sich selbst nicht nur Rechte der Gewalt, sondern gleichzeitig auch Pflichten. Wer unser deutsches Wohnungswesen kennt, bekommt geradezu ein Grauen vor soviel Mangel an Tatsachensinn und Menschlichkeit, wie es Forderungen voraussetzen, wie sie das Oberhaupt der katholischen Kirche, und nicht nur dieses allein, stellt. Die Reichswohnungszählung von 1927 ergab, daß die Hälfte der Familien mit vier und mehr Kindern dem Arbeiterstand angehörten. Rund 25 Prozent dieser als kinderreich geltenden Familien zählten zum Beamten- und Angestelltenstand, 14 Prozent zu den selbstständigen und 2 Prozent zu den freien Berufenen.

In 45 deutschen Großstädten gab es rund 28 000 kinderreiche Familien mit 135 000 Kindern. Mehr als 1500 dieser Familien hatten Wohnungen, die aus einem einzigen Raum bestanden. Von den kinderreichen Familien, die nur einen einzigen Raum be-

wohnten, mußten 50 noch familienfremde Untermieter aufnehmen. Von den Kranken der kinderreichen Familien haben sehr viele kein eigenes Bett, wie die Krankenkassen immer wieder feststellen müssen. Je größer die Familie ist, um so mehr Menschen schlafen in einem Bett. Viele dieser Menschen sind mit ansteckenden Krankheiten behaftet.

In Nacht und Grauen blickt man, wenn man in die Wohnungen der kinderreichen Familien sieht. Schon allein das Wohnungselend richtet fortgesetzt ungeheuer viele Menschen körperlich und geistig-seelisch wieder zugrunde, die nach Ansicht der in der Regel selbst vor Not und Entbehrung weitgehend Geschätzten in unbeschränkter Zahl ins Dasein gerufen werden sollen. Ein Staat, der es für erlaubt hält, bei größter beruflicher Übervölkerung und fürchterlichem Mangel aller Art unbeschränktem Nachwuchs zu fördern, muß zuvor für diesen Nachwuchs menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen; Wenn für junge Pflanzen kein Raum in einem Garten ist und außerdem keine Nährstoffe, wird kein vernünftiger Gärtner sie pflanzen.

Eine unbeschränkte Bevölkerungszunahme ist bei fortgeschrittener Wissenschaft, Technik und Kultur vollständig unmöglich. Wer so etwas fordert, kann in unserer Zeit nicht mehr ernst genommen werden, ganz besonders dann nicht, wenn der Lebensraum eines Volkes außerordentlich eng begrenzt ist wie der des heutigen deutschen Volkes. Es ist pure Heuchelei und Verstellung, wenn sogenannte Gebildete oder wenn selbst vor den Härten des Daseinskampfes Geschützte von den Arbeitern oder sonst wirtschaftlich Bedrückten und Zurückgesetzten die unbegrenzte Vergrößerung der Familie fordern und dabei womöglich noch einen Ton sittlicher Entrüstung anschlagen.

Wenn man so außerordentlich streng national gesinnt ist, wie man immer betont, und so sittenfest dasteht, warum geht man da nicht den Massen mit dem Beispiel der großen Familie voran? Das Vorangehen wäre ja noch um sehr vieles leichter als das Nachfolgen, wenn eben im ersten Fall größeres wirtschaftliches Einkommen vorhanden wäre, was doch die Regel ist. Das Gerede über die Erhaltung des Volksbestandes ist mindestens zwecklos. Das Beispiel zieht mehr als solches Wortgeklingel. Und das Beispiel der geistig und wirtschaftlich Führenden ist das Beispiel der kleinen, oft der sehr kleinen Familien.

Die Vielkinderei wird kaum wieder die Regel werden, auch nicht in Arbeiterkreisen; selbst dann nicht, wenn die Gesamtlage der Wirtschaft und Kultur sich einmal wieder hebt, was doch geschehen muß, wenn nicht alles festfahren soll. Ein wirtschaftlichen und kulturellen Stillstand kann es auf die Dauer auch für ein im Massenkriege überwundenes Volk nicht geben. Wird die Durchschnittsfamilie kleiner, dann steigt die Durchschnittskultur. Die Anforderungen an das Leben werden größer. Wäre das nicht der Fall, dann müßte Kinderbeschränkung die Arbeitslosigkeit vergrößern. Aber die unbefriedigten Kulturbedürfnisse der Arbeiter sind sehr groß. As.

### Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern

Am 1. März 1932 ist eine neue Organisation ins Leben getreten, der „Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern“. Dieser Verband umfaßt alle diejenigen Siedler, die in einer vollen Ackernahrung ihre Existenz suchen. Seine besondere Aufgabe sieht er in der Ansiedlung von Landarbeitern. Wie schon der Name ausdrückt, will er darüber hinaus ein Freund und Berater aller Kleinbauern sein. Der Verband steht auf republikanischem Boden und will seine Arbeit mit allen Organisationen, die auf dem gleichen Boden stehen, in freundschaftlicher Zusammenarbeit erledigen. Das Organ des Verbandes ist die zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Scholle“. Die Anschrift des Verbandes lautet: Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern, Berlin SW 48, Enekestraße 6. Die Geschäftsführung hat Albert Kreutzer, die Schriftleitung Walter Kwastnik übernommen. Ferner gehören dem Hauptvorstand an: Dr. Lipschitz, Georg Schmidt (M. d. R.) und Franz Spliedt.

# England und die Labour Party

Der Ausgang der englischen Wahlen, dieser gewaltige „Erdrutsch“, der über die Arbeiterpartei kam, hat unser Interesse für die englische Arbeiterbewegung und England selbst neu geweckt. Zweimal war die Labour Party in der Regierung, 1924 für nicht ganz ein Jahr und zum zweitenmal von 1929 bis 1931. Beide Male war die Labourregierung in der Minderheit im Unterhaus, beide Male hatte sie die beiden bürgerlichen Parteien, die Liberalen und die Konservativen, gegen sich und konnte überhaupt nur unter Duldung der Liberalen regieren.

Innenpolitisch war die Labourregierung nicht in der Lage, Maßnahmen durchzuführen, die man als sozialistisch bezeichnen könnte, aber außenpolitisch hat sie einige beachtliche Vorstöße in der Richtung der Sicherung des Friedens unternommen.

Innenpolitisch jedoch scheiterte die Arbeiterregierung letzten Endes, als es bei der Ausbalancierung des Haushaltsplanes darauf ankam, ein Defizit von 120 Millionen Pfund durch Einsparungen zu beseitigen. Das Bürgertum verlangte eine Kürzung des Sozialtats, besonders der Arbeitslosenunterstützung. Dagegen wehrten sich die Gewerkschaften, die eine stärkere Belastung des Besitzes forderten. In der Arbeiterregierung selbst wurde keine Einigung über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt, der größere Teil der Arbeiterregierung trat zurück. Neuwahlen brachten der Labour Party den Verlust von 239 Sitzen im Unterhaus, in das jetzt nur 50 Vertreter der Partei einzogen, obwohl sie 6,6 Millionen Stimmen erhalten hatte, etwa zwei Millionen weniger als bei der letzten Wahl.

Wir können dieses Resultat auch nur verstehen, wenn wir das englische Wahlsystem, die englische Volksseele und die englische Arbeiterbewegung etwas näher kennen. Betrachten wir zunächst die Labour Party, die englische Arbeiterpartei, in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Als das deutsche Proletariat längst darangegangen war, eine selbständige politische Vertretung zu organisieren, befand sich die englische Arbeiterschaft noch vollständig im Schlepptau der beiden bürgerlichen Parteien, der Konservativen und der Liberalen. Und die Gewerkschaften betrachtete man als reine wirtschaftliche Interessenvertretungen, die sich in das bestehende System einordnen und es anerkennen. Die Gewerkschaften bemühten sich nur, die Mängel des Kapitalismus zu beseitigen und dem Arbeiter einen möglichst hohen Lohn zu verschaffen und zu sichern. Alles darüber Hinausgehende lehnte man ab.

Diese Haltung, die die englischen Gewerkschaften heute natürlich ebenfalls längst aufgegeben haben, wird verständlich aus dem großartigen Aufschwung, den der englische Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts genommen hatte. Die wirtschaftliche Vormachtstellung Englands war unbestritten, und auch der Arbeiter profitierte von dem Wohlstand, der sich über England ausbreitete. Ihre Lebenshaltung verbesserte sich ständig; Klassenbewußtsein entwickelte sie nicht, und es fehlte auch der Druck von oben, der sie zur Klasse zusammenschweißen konnte.

Lange Zeit war der Sozialismus in England nicht Sache der Arbeiter, sondern wurde von sozialreformerischen Intellektuellen, die sich in der Fabian Society zusammenschlossen, und besonders von der Independent Labour Party, der Unabhängigen Arbeiterpartei, vertreten. „Unabhängig“ nannte die Partei sich, weil sie damit ihre Unabhängigkeit von den bürgerlichen Parteien betonen wollte. Sie wurde zur Keimzelle und zur treibenden Kraft des Labour Representation Committees, das 1900 durch die Zusammenfassung der verschiedensten sozialistischen Gruppen gebildet wurde als ein Komitee zur selbständigen parlamentarischen Vertretung der Arbeiterinteressen. 1906 entstand daraus die Labour Party unter Beteiligung der Gewerkschaften, die sich korporativ der Partei anschlossen und auch heute noch die wesentliche Stütze der Partei sind; erst 1918 schließlich wurde die Partei, die bisher nur die korporative Mitgliedschaft der verschiedenen örtlichen sozialistischen Gruppen und Gewerkschaften kannte, auch Einzelmitgliedern geöffnet. Und nach dem Kriege

wurde die Labour Party die große Kampfpartei der englischen Arbeiterschaft.

Das englische Wahlsystem ist kein Proportionalssystem, wie wir es haben, nach dem jede Liste Mandate im Verhältnis der abgegebenen Stimmen erhält. England hat ein ähnliches System, wie es in Deutschland vor dem Kriege bestand: in jedem Wahlkreis stehen sich je ein Vertreter der konkurrierenden Parteien gegenüber, gewählt wird der Kandidat, auf den die meisten Stimmen entfallen, eine Stichwahl gibt es nicht, die relative Mehrheit entscheidet im ersten Wahlgang.

Dieses System ist wiederum aus der englischen Geschichte zu verstehen. Seit Bestehen des englischen Parlamentarismus kämpfen zwei Parteien um die Macht: die Konservativen und die Liberalen. Und da es lange Zeit nur diese zwei Parteien gab, war das Wahlsystem an sich auch nicht undemokratisch; da ja immer nur eine der beiden Parteien die Macht haben konnte, war es gleichgültig, ob die andere mehr oder weniger geschlagen wurde. Sowie jedoch mit dem Auftreten der Labour Party drei Parteien gegeneinanderstanden, führte das Wahlsystem zur Vergewaltigung der Demokratie. So kam es, daß die Labour Party mit 6,6 Millionen Stimmen nur 50 Sitze im Parlament erreichte, während die vereinigte Nationalregierung (Konservative, Rechtsliberale und die Ausgeschlossenen der Arbeiterpartei) mit 14 Millionen Wählern 555 Sitze im Parlament erhielt.

Der Stimmenverlust der Labour Party und der Zuwachs der Konservativen sind unter anderem auch aus der Psychologie einer gewissen Schicht der englischen Arbeiter und des kleinen Mannes zu erklären. Noch allzu nahe ist ihnen die Erinnerung an die „guten Zeiten“, und sie sind leicht geneigt, der Arbeiterpartei, die in einer Zeit der Krise und großer wirtschaftlicher Umwälzungen an der Regierung war, wenn auch nicht die Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu geben, so doch zu sagen: „Eine Arbeiterregierung ist nicht gut für England.“ Weite Kreise auch der Arbeiterschaft glauben noch an eine Reform des Kapitalismus und stehen dem Sozialismus ablehnend gegenüber. Die antibolschewistische Hetze der englischen Presse, die schließlich auf eine Mißkreditierung des Sozialismus überhaupt hinausläuft, bleibt ebenfalls nicht ohne Wirkung. Und für den Sturz des Pfund Sterling machte man ebenfalls die Labour Party verantwortlich, obwohl längst schon die sogenannte Nationalregierung am Ruder war.

Die Labour Party ist im letzten Wahlkampf geschlagen worden. Aber am Tage nach der Wahl schrieb der „Daily Herald“, das Organ der Partei: „Wir haben versagt in Führung, Organisation und Propaganda.“ Diese unerschrockene Einsicht angesichts der Niederlage ist bewundernswürdig und berechtigt zu der Hoffnung, daß die englische Arbeiterschaft ihre Organisation intensiver ausbauen und alles daransetzen wird, den Erkenntnisprozeß, der seit dem Kriege sich innerhalb der englischen Arbeiterschaft vollzieht, zu verstärken und zu unterstützen, daß „die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.“

Richard Junge.

# Auch die christlichen Gewerkschaften gegen die Nazis

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wendet sich in einer Kundgebung an seine Mitglieder gegen den Nationalsozialismus. Im Anschluß an die Ablehnung des Kommunismus heißt es in der Kundgebung unter anderem: „Aber auch den Nationalsozialismus lehnt die christliche Arbeiterschaft ab... Das äußere Gebaren des Nationalsozialismus gefährdet vor allem die soziale Entwicklung der deutschen Zukunft... Sein Ziel ist die Diktatur des brutalen Machtgedankens. Und hinter ihm stehen starke Kräfte der Reaktion, die von seinem Sieg als ‚Ware‘ für ihr ‚Geld‘ die Ausschaltung und endliche Vernichtung der Gewerkschaften erhoffen... Die Diktatur des Nationalsozialismus, dem die ‚Massen‘ nur Mittel zur Erreichung der Macht sind, würde die Arbeiterschaft wieder in ein Hörigkeitsverhältnis zurückwerfen, das der Kampf der Arbeiterbewegung eben erst gebrochen hat.“

Diese Willenskundgebung der christlichen Gewerkschaften ist um so erfreulicher, als sich in den Reihen ihrer Führer nicht wenige befinden, deren Herz für die Hitler-Banden schlägt. Dabei denken wir weniger an den Führer der deutschnationalen Handlungsgehilfen, Franz Stöhr, der als nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter zu den wütendsten Blutschreibern gehört, und ähnliches Gelichter, auch in der Redaktion des „Deutschen“, der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, sitzen oder saßen bis vor kurzem Hakenkreuzanhänger. Anders kann man sich viele Äußerungen des „Deutschen“ über die Nazis und ihre Gegner jedenfalls nicht erklären. Das wird nun wohl anders werden, nachdem die Gesamtleitung der christlichen Gewerkschaften sich ganz eindeutig gegen die Nazibewegung erklärt hat.

# Scharfmacherwünsche

Der „Holzmarkt“ veröffentlicht in seiner Nummer 50 eine „temperamentvolle“ Zusage eines Sägewerksbesitzers in der Mark“. Dieser Herr macht sich lustig über alle diejenigen, die sich ernsthaft mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigen. Das sei kein Problem mehr, denn „jeder aufgeweckte Schuljunge kennt die heute einzige mögliche Lösung“. Und diese Lösung heißt:

„Aufhebung, sofortige Aufhebung aller Bindungen im Arbeits- und Tarifwesen! Völlig freie Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern! Unterstützung nur bei tatsächlicher Arbeitslosigkeit, in jedem Falle bei strengster Prüfung der Bedürftigkeit — nicht etwa nach den jetzigen Bedürftigkeitsgrundsätzen!“

Die Einführung strengster Prüfung der Bedürftigkeit begründet der Mann wie folgt: „Hier auf dem billigen Lande, und so ist es fast überall, stecken die meisten Stempelbrüder die zusammengestempelten Gelder noch heute in den Strumpf, trotz ‚Nachprüfung‘ der ‚Bedürftigkeit‘. Aus Inflationsangst bauen diese ‚Ärmsten der Armen‘ jetzt zusammen eigene Häuschen aus ‚Spargeldern‘ oder machen sonstige unsinnige Anschaffungen.“

Man muß anerkennen, daß dieser Sägewerksbesitzer aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. Aber seine Vorschläge sind nicht Gemeingut aufgeweckter Schuljungen, sondern es sind Worte, wie man sie von notorisch blöden Menschen oft hören kann. Ein aufgeweckter Schuljunge weiß, daß die von diesem Sägewerksbesitzer und seinesgleichen geforderte Unternehmerfreiheit uns nicht nur nicht aus dem kapitalistischen Wirtschaftsumpf herausführt, sondern immer tiefer hinein.

# Erhalten Kleinsiedler die Arbeitslosenunterstützung?

Die Anträge auf eine vorstädtische Kleinsiedlerstelle sind nicht so zahlreich eingegangen, wie von manchen amtlichen Stellen erwartet wurde. Das wird verschiedentlich darauf zurückgeführt, daß die Arbeitslosen befürchten, wenn sie eine Siedlerstelle haben, keine öffentliche Unterstützung mehr zu erhalten. Diese Befürchtung ist, wie der Reichskommissar Dr. Saaßen mitteilt, grundlos. „Der Besitz einer vorstädtischen Kleinsiedlerstelle allein“, heißt es in einer Veröffentlichung des Reichskommissars, „ist nach den gesetzlichen Bestimmungen kein Grund zur Entziehung der öffentlichen Fürsorge. Auch ihre Erträge sind, zumal sie im Regelfalle mit einer Miet- oder Zinszahlung von 180 bis 200 Mk. belastet ist, vor allem in den ersten Jahren nicht derartig, daß sie den Lebensunterhalt der Siedlerfamilie decken und ihre Bedürftigkeit aufheben kann. Die Arbeitsämter und Bezirksfürsorgeverbände können bei der Beurteilung einer Familie, die sich mit Tatkraft und Opferbereitschaft der schweren Siedlerarbeit unterzieht, keinen anderen Maßstab anlegen als bei den Erwerbslosen, die zu einer solchen Selbsthilfe nicht bereit sind. Wenn somit die vorstädtische Kleinsiedlung auch keine sofortige Senkung der Fürsorgelasten zur Folge hat, worauf ich übrigens schon in meinen Richtlinien hingewiesen habe, so ist sie doch von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. Sowohl die Verbesserung der Gesundheit der Siedler wie die Umstellung des Lebens auf einen einfacheren Stil wird mancherlei Ausgaben ersparen. Daneben geht erfahrungsgemäß von einer eigenen Heimstätte eine Erziehung zur Wirtschaftlichkeit und eine Anregung des Spartriebes aus, deren Bedeutung für den Siedler selbst wie auch für das Volksganze nicht unterschätzt werden darf.“

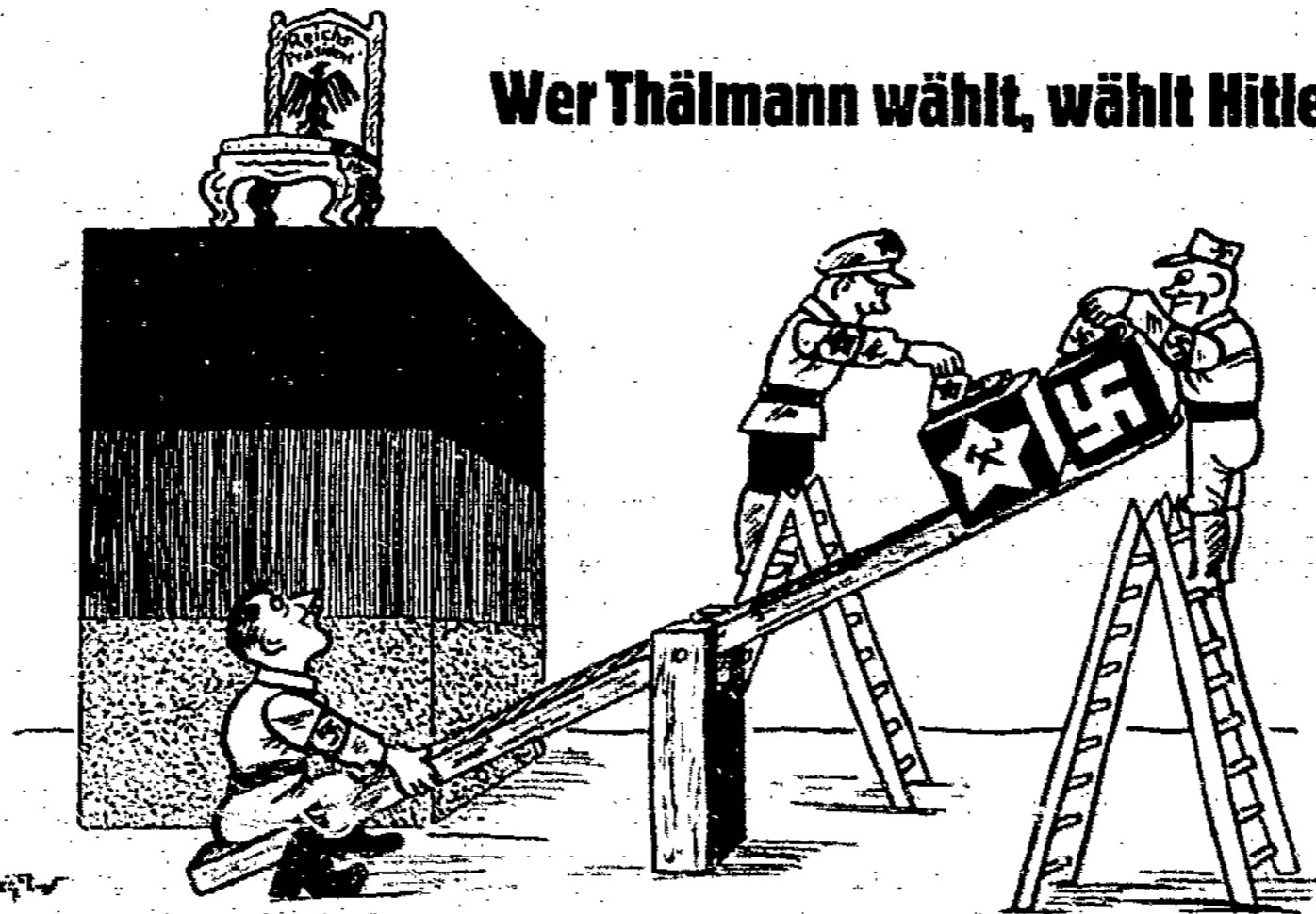
Auch die Sorge vor einer Benachteiligung der Kleinsiedler bei der Arbeitsvermittlung sei unberechtigt. Abgesehen davon, daß die Arbeitsämter den Erwerbslosen während der Bauzeit in ihrem eigenen Interesse keine Arbeit zuweisen sollen, würde eine unterschiedliche Behandlung der Siedler dem Charakter der vorstädtischen Kleinsiedlung als Nebenberufssiedlung widersprechen; eine derartige Benachteiligung wäre infolgedessen unzulässig.

# Gegen sozialpolitische Härten

Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sind verschiedene sozialpolitische Gesetze so stark geändert worden, daß unerträgliche Härten entstanden sind. Ihre Beseitigung fordert ein Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Im einzelnen handelt es sich vor allem um folgendes: 1. Bei der Krankenversicherung soll die Beschränkung auf die Regelleistungen aufgehoben werden. 2. Bei der Unfallversicherung sollen Erleichterungen zugunsten der niedrigen Renten eintreten. 3. Verbesserungen bei der Gewährung der Waisenrenten und des Kinderzuschusses in der Invaliden- und in der Angestelltenversicherung. 4. Beseitigung der gegenseitigen Anrechnung beim Zusammentreffen der Rente aus der Invaliden- und der Angestelltenversicherung. 5. Beseitigung von Härten bei den Ruhevorschriften bei Zusammentreffen von Renten aus der Invaliden- und der Angestelltenversicherung mit Krankengeld, Unfallrente usw. Während die Notverordnung alle Doppelbezüge aufgehoben hat, soll die frühere Freigrenze bei der Anrechnung wieder eingeführt und von 25 auf 40 Mk. erhöht werden.

Diese Anträge decken sich mit den gewerkschaftlichen Forderungen. Die Reichsregierung hat die Pflicht, sie umgehend durchzuführen, denn es handelt sich hier um die Beseitigung von unerträglichen Härten.

# Wer Thälmann wählt, wählt Hitler



welche dieser Wahlurnen ihr auch euren Stimmzettel werft, immer heißt ihr Hitler



# Aus dem Verbandsleben



## Am Ende?

### Aus dem Berufsleben der Bildhauer

Bei dem allgemeinen großen Leid der Arbeitslosigkeit erscheint das Leid der einzelnen kleinen Berufsgruppen in minderer Größe. Und doch hatte die kleine Gruppe der Bildhauer schon zu einer Zeit unter einer Berufskrise zu leiden, als in den anderen größeren Berufsgruppen des Verbandes noch gut zu tun war. Eine ganz winzige Zahl unserer engeren Berufskollegen ist jetzt noch beruflich tätig, alle übrigen sind dem großen Heer der Arbeitslosen eingereiht, ohne Aussicht, jemals wieder im Beruf Arbeit zu finden, schon ihres Alters wegen.

Die Zentralkommission der Bildhauer war redlich bemüht, für den Beruf Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, also noch zu retten, was zu retten ist. Unser Kollege Hofer (München) wies allerdings schon auf der Branchenkonferenz in Leipzig 1925 in seinen Ausführungen zur Berufskrise darauf hin, „daß in der Zeit der Not Meister und Geselle in der Eintracht heiligem Schutze zusammenarbeiten, um den Beruf wieder einmal zu heben. Alle staatlichen Behörden, alle Interessentenkreise sollen angerufen werden, um einen alten künstlerischen Beruf vor dem Untergang zu retten. Allein auch hier wird sich das Dichterwort erfüllen: Zurück, du rettest den Freund nicht mehr!“

Das war vor einer Reihe von Jahren. Und seither hat die Zentralkommission die Hoffnung auf Besserung nicht aufgegeben, sie ist noch heute der Ansicht, daß der plastische Schmuck, und das ist das Wesen und der Kern des kunsthandwerklichen Bildhauerberufs, nicht für alle Zeiten abgetan ist.

Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und ehemals Vorsitzender unseres Verbandes, hat uns nach dem Erscheinen unseres letzten Bildhauerheftes im Oktober 1931 geschrieben: „Mein Interesse für den Bildhauerberuf ist das alte geblieben und wird es auch weiter bleiben, weil ich den Eindruck habe, daß die neueren Bildhauerarbeiten sich der neuen Stilrichtung sehr gut eingefügt haben. Über das Maß von Ornamenten kann man streiten, aber jedes Ornament abzulehnen, ist eine sinnlose Übertreibung.“ Und diese Ansicht wird geteilt von allen vorurteilsfreien Vertretern des Kunstgewerbes, wozu namhafte Architekten der modernen Bauweise zählen, wie aus dem Heft 2, 1931, „Die Bildhauerei“ hervorgeht.

Im Holz- und Baugewerbe herrscht eine Arbeitslosigkeit wie nie zuvor, und da die Bildhauer von diesen Berufen hauptsächlich abhängig sind, ist an eine Besserung in unserem Berufe in absehbarer Zeit nicht zu denken. Die Stillmode „Form ohne Ornament“ wäre in einer kürzeren Zeitperiode überwunden worden, da die absolut glatte Fläche auf die Dauer nicht befriedigen kann, aber eine Wirtschaftskrise wie die jetzige, die zu einer Weltkrise geworden ist, lähmt alles und natürlich auch jedes kulturelle Regen und Streben.

Die Verbindung mit unseren Vertrauensmännern im Lande ist immer loser geworden. Auf unser letztes Rundschreiben sind aus 33 Orten Berichte oder Zuschriften eingegangen, die übrigen haben wohl jede Verbindung mit dem Berufe verloren oder aufgegeben.

Aus Zeulenroda, wo ehemals für Bildhauer gute Arbeitsgelegenheit war, wurde etwas ganz „Zeitgemäßes“ gemeldet: Infolge eines verunglückten Streiks haben diese großen Betriebe für Möbel die Nazis übernommen, wer nicht Mitglied der Zellenorganisation wird, fliegt. Die Aussichten für Bildhauer sind besser als früher, da schon wieder reichgeschmückte Möbel (altdeutsch) angefertigt werden, nur ist der Absatz infolge der geringen Kaufkraft ein beschränkter.

In Berlin sind unlängst einige 50 Kollegen dem Rufe der Zentralkommission zu einem Branchenabend gefolgt, obwohl fast alle arbeitslos waren. Trotzdem wurde der Wunsch geäußert, von Zeit zu Zeit zusammenzukommen, um den kollegialen Zusammenhalt nicht vollständig zu unterbinden. Auch aus einigen anderen Städten, wie München, Breslau, Leipzig, Dresden, werden Zusammenkünfte gemeldet, aber überall das gleiche: trostlose Zustände im Berufe.

Rundschreiben werden erst dann wieder versandt, wenn die allgemeine Wirtschaftskrise überwunden ist. Es sind Kräfte zur Lösung dieser Aufgabe am Werke, auch in den Reihen unserer Gewerkschaften. Denn auf die Dauer können Millionen Arbeitskräfte nicht aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet bleiben. Zeigt sich im Bau- und Holzgewerbe ein Aufschwung, dann werden auch die Bildhauer im gegebenen Rahmen wieder ihre Plätze einnehmen.

P. Dupont.

## Verwaltungsstelle Dresden

In dem Bericht für das Jahr 1931 spiegelt sich die Notlage unserer Kollegen. Das ganze Jahr hindurch waren reichlich zwei Drittel der gesamten Mitglieder erwerbslos. Daher kommt es, daß im Jahresdurchschnitt auf ein Mitglied pro Vierteljahr nur 4,2 Verbandsbeiträge entfallen. Am 1. Februar 1932 betrug die Zahl der an der gemeinsamen Fachabteilung für das Holzgewerbe beim hiesigen Arbeitsamt eingetragenen arbeitslosen Holzarbeiter 6128. Die Betriebskartothek der Verwaltungsstelle erstreckt sich, soweit das große Holzgewerbe in Betracht kommt, auf 515 Betriebe. Von den 4907 Arbeitsplätzen waren am 1. Dezember 1931 nur 1723 oder 35 Prozent besetzt. Unter den Beschäftigten waren 519, das sind 30 Prozent, Facharbeiter über 22 Jahre. Davon arbeiteten 446 in Lohn bei einem durchschnittlichen Stundenverdienst von 118 Pf. Die 73 Akkordarbeiter verdienten im Durchschnitt 128 Pf. Gegenüber dem Stand vom 1. Dezember 1930 bedeutet das bei den Lohnarbeitern einen Rückgang um 8,5 Prozent, bei den Akkordarbeitern um 16 Prozent. In den anderen Branchen lagen die Verhältnisse im großen und ganzen ähnlich. Von den Beschäftigten waren 1930 88 Prozent, 1931 87 Prozent organisiert. Das liegt wohl vor allem daran, daß die Meistersöhne und sonstigen Verwandten der Unternehmer als letzte in den Betrieben verblieben. Nachdem in zwei stark besuchten Arbeitslosenversammlungen der entsprechende Beschluß gefaßt worden war, dem dann auch die Mitgliederversammlung zustimmte, wird vom 1. Oktober an von den arbeitslosen Mitgliedern ein Wochenbeitrag von 10 Pf. erhoben, wovon nur in Ausnahmefällen Abstand genommen wird. Mit diesem Beschluß sind im ganzen recht gute Erfahrungen gemacht worden. Die arbeitslosen Kollegen beteiligen sich besser als früher am Verbandsleben. Mit Wirkung vom 1. Januar sind eine Anzahl Verwaltungsstellen mit Dresden verschmolzen. Die Vorbereitung hierfür hat einige Zeit in Anspruch genommen, doch ist die Vereinigung glatt vonstatten gegangen. Nach Bereinigung der Mitgliederlisten zählte die Verwaltungsstelle am 1. Januar 1932 10 177 Mitglieder, von denen 7616 auf das Gebiet der alten Verwaltungsstelle Dresden entfallen.

## Verhandlungen für das Holzgewerbe

Die angekündigten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium fanden am 1. und 4. März unter der Leitung des Ministerialdirigenten Dr. Meves statt. Sie führten zur Verständigung über einen Mantelvertrag und ein Lohnabkommen für das Holzgewerbe im Bezirk Lippe-Deimold.

Das bedeutet immerhin einen Fortschritt, der aber hinter den Erwartungen zurückbleibt, die das Ministerium in diese Verhandlungen gesetzt hat. Es hoffte, wie es in

der Einladung heißt, ein für alle Beteiligten tragbares Ergebnis zu erzielen, das auch für die bevorstehende Neuregelung der Arbeitsbedingungen in den übrigen Bezirken des deutschen Holzgewerbes richtunggebend sein kann. Dieses Ziel wurde aber nicht erreicht.

Wenn es wirklich die Absicht des Reichsarbeitsministeriums ist, die Neuregelung der Arbeitsbedingungen in den ausstehenden Bezirken zu fördern, dann ist der Weg, den es eingeschlagen hat, zum mindesten eigenartig. Dem Sonderschlichter, der bestellt war, um für die Bezirke Berlin, Sachsen, Schlesien und Thüringen Vertragshilfe zu leisten, ist man bald in den Arm gefallen. Das einzige Ergebnis seiner Tätigkeit ist der Schiedsspruch für Sachsen, der nun mit den Schiedssprüchen für Baden und Lippe seit Mitte Januar dem Reichsarbeitsministerium vorliegt, ohne daß dieses sich entschließen konnte, eine Entscheidung über die Anträge auf Verbindlicherklärung zu fällen.

Mit der Anberaumung der Sitzung am 1. März hat das Ministerium einen neuen Weg beschritten. Es wollte Verhandlungen für die Bezirke Lippe-Deimold und Östliches Westfalen führen, und es entschloß sich später, auch Sachsen hinzuzuziehen. Bald beim Beginn der Verhandlungen zeigte es sich aber, daß die Einbeziehung des Bezirks Östliches Westfalen ein Fehlgriff war. Für diesen Bezirk schweben Verhandlungen vor dem ordentlichen Schlichter, die durch das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums unterbrochen wurden. Dessen Vertreter ließ dann auch bald den Bezirk Östliches Westfalen außer Betracht. Die Verhandlungen wurden aufgezoogen als wiederholte Nachverhandlungen über die Verbindlicherklärung der Schiedssprüche für Sachsen und Lippe-Deimold.

Hierbei zeigte sich, was das Reichsarbeitsministerium unter der „Verfeinerung“ der Tarifverträge versteht, die es anstrebt und wovon soviel die Rede ist. Aus den Vorschlägen, die der Vertreter des Ministeriums machte, geht hervor, daß es sich darum handelt, den Inhalt des Mantelvertrages zu verschlechtern. Die Vorschläge, die der Verhandlungsleiter zur Abänderung des Vertrages für Sachsen machte, waren derart, daß sie von beiden Parteien abgelehnt wurden.

Die Vergleichsvorschläge für Lippe-Deimold konnten dagegen als brauchbare Verhandlungsgrundlage anerkannt werden, eine Verständigung war aber zunächst nicht zu erzielen. Die Verhandlungen wurden daher auf den 4. März vertagt. Auch in dieser zweiten Verhandlung waren noch große Schwierigkeiten zu überwinden, aber schließlich kam doch eine Einigung zustande. Der Spitzenlohn in der Ortsklasse III wurde auf 82 Pf. festgesetzt. Außerdem wurden im Mantelvertrag die Gruppenschlüssel für Angelernte und Hilfsarbeiter geändert. Im übrigen bleibt der Mantelvertrag unverändert, doch soll im Jahre 1932 die Entschädigung für die Ferien nur mit drei Fünftel des nach den Vertragsbestimmungen zu errechnenden Betrages abgegolten werden. Das Lohnabkommen ist bis zum 30. Juni 1932, der Mantelvertrag bis 15. Februar 1933 befristet.

## Säger in Thüringen

Die Thüringer Sägewerksindustrie ist schon seit Anfang 1930 tariflos; Ende Februar 1931 ist auch das letzte Lohnabkommen abgelaufen. Im Laufe des Jahres 1931 ist wohl der Versuch einer neuen tariflichen Regelung gemacht worden, er kam jedoch nicht zustande, weil der gefällte Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt wurde. Den Erlaß der Notverordnung vom 8. Dezember nahm unser Gauvorsteher zum Anlaß, der Unternehmerorganisation neue Verhandlungen anzubieten, die aber abgelehnt wurden. Am 11. Januar d. J. wurde sodann der Schlichtungsausschuß in Weimar angerufen. Die Verhandlungen am 27. Januar blieben ergebnislos, weil die Unter-

nehmer keinen Vertrag wollen. Am 23. Februar wurde wieder mit dem gleichen Mißerfolg verhandelt. Die Verhandlungen wurden auf den 22. März vertagt und den Parteien aufgegeben, in der Zwischenzeit eine Verständigung zu suchen. Das ist aber bei der Vertragsunwilligkeit der Unternehmerorganisation wenig erfolgversprechend. In absehbarer Zeit ist auf das Zustandekommen eines Tarifvertrages kaum zu rechnen.

## Holzwarenindustrie in Württemberg

Auf Grund eines vom Schlichtungsausschuß Stuttgart mit Zustimmung der Parteien gefällten bindenden Schiedsspruches wurde am 12. Februar mit dem Verband Württembergischer Holzwaren- und Holzspielwarenfabriken, Sitz Urach, eine Vereinbarung getroffen. Durch sie wird der Mantelvertrag für das Holzgewerbe in Württemberg mit einigen Änderungen anerkannt. Der Lohn setzt den Lohn des über 22 Jahre alten Facharbeiters in den vier Ortsklassen auf 75, 70, 66 und 62 Pf. fest. In den Spielwarenfabriken und -abteilungen ist der Lohn um 5 Prozent niedriger. Mantelvertrag und Lohnarif sind erstmalig zum 31. Mai 1932 kündbar.

## Nazis als Streikbrecher

Im Hamburger Sägewerke wurde vom 21. November bis 8. Dezember 1931 ein Streik zur Abwehr eines starken Lohnabzuges durchgeführt. Der Kampf wurde durch eine auf Anregung des Schlichters getroffene Vereinbarung beigelegt. Auf diesen Streik selbst soll hier nicht eingegangen werden, nur der Bericht, den der Verband der Säge- und Hobelwerke von Hamburg-Altona in den „Mitteilungen der Arbeitgeberverbände“ über ihn veröffentlicht, dürfte bei unseren Kollegen einiges Interesse erregen. In dem Bericht heißt es nach der Mitteilung, daß der Holzarbeiterverband zu Verhandlungen aufgefordert habe: „Die Arbeitgeberseite ließ dieses Schreiben unbeantwortet und setzte sich sofort mit der Gewerkschaft Deutsche Hilfe in Hamburg, Geschäftsstelle Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Straße 54, in Verbindung und schloß mit dieser einen Lohnarif.“

Nach der Wiedergabe des Inhalts dieses sogenannten Lohnarif fährt der Bericht fort: „Weiter vereinbarten die Parteien folgende Abdingbarkeitsklausel: „Die vertragschließenden Organisationen erklären sich bereit, auch während der Laufdauer dieses Abkommens Änderungen an der vorstehenden Vereinbarung auf Antrag einer Partei zu treffen, falls die wirtschaftlichen Verhältnisse solche Änderungen geboten erscheinen lassen.“ Die Gewerkschaft Deutsche Hilfe besetzte sodann die Betriebe mit etwa 70 Leuten (Männern und Frauen), mit deren Hilfe die Betriebe wieder in Gang gesetzt werden konnten.“

Tatsächlich sind Streikbrecher erschienen, von denen ein Teil mit Hakenkreuzen geschmückt war. Nun mag die „Deutsche Hilfe“ nicht unmittelbar ein Teil der Nazi-Bewegung sein, aber die engen Beziehungen können nicht bestritten werden. Berichtete doch das Hamburger Naziorgan, daß die Streikbrecher im Nazi-Gauhaus Unterschlupf fanden, und in dem erwähnten Bericht des Arbeitgeberverbandes heißt es: „Im weiteren Verlauf des Kampfes setzten die Nationalsozialisten ihre S.A. zum Schutze der Arbeitswilligen ein.“

Dieser Bericht fügt dem Bilde der Nazis keine neue Farbe hinzu, aber es ist nicht überflüssig, gelegentlich an einem Einzelbeispiel zu zeigen, wie sich die Nazis als Streikbrecher betätigen.

Mit Luffmann hinter Nummer 11. Wochenausgabe fällig



# Holzindustrie



## Zapfenschneidmaschinen

Von Heinrich Pause, Rosenheim

Fast so zahlreich wie die verschiedenen Ausführungsformen der Zapfen und Schlitz selbst sind auch die Arten der Zapfenschneidmaschinen. Man kann deutlich zwei Hauptgruppen nebeneinander unterscheiden: Maschinen, die die Zapfen mit Kreissägen ausschneiden, und solche, die mit Messerköpfen das Holz zu beiden Seiten des Zapfens in Spänen abarbeiten.

Auf den Fachmann wirkt es fast befremdend, daß noch immer die einfachen Maschinen beider Bauarten gegenüber den doppelt und selbsttätig arbeitenden weitaus in der Mehrzahl anzutreffen sind. Sie werden des Preisunterschiedes wegen auch beim Neukauf noch vorgezogen. Vielleicht folgt man rein gefühlsmäßig dem Grundsatz, daß die Maschine mit der größeren Leistungsfähigkeit erst zu verwenden ist, wenn man ausreichend Arbeit für sie hat.

Bei der Wahl zwischen der einfachen und der doppelten Zapfenschneidmaschine führt aber dieser meist richtige Grundsatz zu unangenehmen Fehlentscheidungen. Man lernt diese Tatsache leichter verstehen, wenn man daran denkt, daß zum Zapfenschneiden und Schlitzten allein der Art der Bearbeitung wegen keine besondere Zapfenschneid- und Schlitzmaschine nötig ist. Die Bandsäge oder die Fräsmaschine übernimmt diese Arbeit heute ebensogut wie zu der Zeit, da man noch keine Zapfenschneid- und Schlitzmaschine kannte.

Gewiß kann das Zapfenschneiden mit der Bandsäge trotz Anwendung des Stufenlineals nicht sehr schnell und ohne geschicktes Eingehen auf die Eigenart der Maschine auch nicht genau genug vollzogen werden. Die Fräsmaschine läßt aber diese Einwände fast völlig verschwinden. Man muß sie nur durch eine gute Zapfenschneid- und Schlitzvorrichtung mit Schwenkarm unterstützen. Der Schiebetisch wird zweckmäßig am Frästisch mit Laufrollen in Kugellagern geführt.

Wir wollen hier nicht versäumen, auf das Zapfenschneiden oder Schlitzten an der Tischfräsmaschine ohne diese Einspannvorrichtung für die Werkstücke als auf eine äußerst gefährliche Arbeit aufmerksam zu machen. Gar mancher Maschinenarbeiter hat diese Wahrheit selbst bitter genug erfahren müssen. Bei der tiefen Arbeit der Schlitzscheiben dreht sich das uneingespannte Werkstück oft mit so großer Kraft, daß die Hände mit in die Werkzeuge gezogen werden.

Der Zapfenschneid- und Schlitzmaschine dürften als Sondermaschine verhältnismäßig wenig Arbeiten vorbehalten bleiben, die von der Fräsmaschine unausführbar sind. Der Anstoß zur Verwendung einer besonderen Zapfenschneid- und Schlitzmaschine wird gewöhnlich gegeben, wenn die Fräsmaschinen des Betriebes mit anderen Arbeiten so stark belastet sind, daß eine weitere Maschine eingesetzt werden muß, um das Zapfenschneiden und Schlitzten gleichzeitig mit den übrigen Arbeiten zu erledigen.

Weiß man nun in jedem Falle, wie hoch die Selbstkosten mit der einfachen und mit

der doppelten, selbsttätigen Zapfenschneid- und Schlitzmaschine werden, kann man sich mit gutem Gewissen viel häufiger für die doppelte Maschine entscheiden, als man gemeinhin glaubt.

Wir wollen auch hier praktische Zahlen zu uns reden lassen und wollen an zwei verschiedenen Arbeitsbeispielen die jeweils zur Größe des Werkstückes passende einfache, die doppelte, selbsttätige Zapfenschneidmaschine mit Kreissägen, dieselbe mit Messerköpfen und die Fräsmaschine mit Schwenkarm und Schiebetisch vergleichen.

Dabei soll die Benutzungsdauer für die Maschinen je Arbeitstag mit einer halben Stunde, mit einer und mit acht Stunden angenommen werden. Alle Zapfenschneidmaschinen seien mit Abkürzkreissägen ausgerüstet. Die Mengenleistungen und Bearbeitungskosten der Tischfräsmaschine schließen das Abkürzen auf einer besonderen Kreissäge ein.

Legen wir der Berechnung mittlere Betriebsverhältnisse, wie zehnjährige Lebensdauer der Maschinen, 280 Arbeitstage im Jahr und einen Energiepreis von 15 Pf. je Kilowattstunde zugrunde, so finden wir die in der folgenden Zahlentafel zusammengestellten Ergebnisse.

Die Mengenleistung an gefertigten Werkstücken je Stunde oder Arbeitstag, die man mit der Fräsmaschine in Zusammenarbeit mit einer besonderen Abkürzsäge erreicht, wird von den einfachen Zapfenschneid- und Schlitzmaschinen nur um etwa 52,5 Prozent beim ersten und um 15 Prozent beim zweiten Werkstück übertroffen. Die doppelten, selbsttätigen Maschinen leisten in der gleichen Zeit etwa das 18fache beim ersten und das 24fache beim zweiten Werkstück von den Mengen der Tischfräsmaschine.

Die Kostenbeträge unserer Zahlentafel sind für die doppelte Zapfenschneidmaschine mit Messerköpfen auffallend gering, obgleich eine solche Maschine bis zur betriebsfertigen Aufstellung gegen 20 000 Mk. kostet. Das wird aber durch die überlegene Mengenleistung der Maschine sofort verständlich. Wenn auch die auf den Arbeitstag entfallenden Kosten dieser Maschine ein Vielfaches derjenigen für die einfachen Maschinen oder für die Fräsmaschine und die Abkürzkreissäge ausmachen, entfallen auf das einzelne der vielen in einem Tag gefertigten Werkstücke so überraschend kleine Beträge.

Die Zeit, die an der einfachen Zapfenschneid- und Schlitzmaschine für das zweimalige Einspannen des Werkstückes, für das Vor- und Zurückführen auf dem langen Schlittenweg und für das Ausspannen und Ablegen verlorengeht, wird von der selbsttätigen Maschine zur Arbeitsleistung mit verwendet.

So kommt es, daß ein Betrieb mit einer einfachen Zapfenschneidmaschine diese acht Stunden am Tage arbeiten lassen muß, um von unserem Weichholzstück die gleiche Menge fertigzustellen, die die entsprechende selbsttätige Maschine in einer reichlichen Stunde schafft, und daß trotzdem die Fertigungskosten je Werkstück höher werden als mit der selbsttätigen Maschine, die in dieser Stunde alles einzubringen hat, was

an Abschreibungskosten und dergleichen auf den Arbeitstag entfällt.

Das Beispiel des Hartholzstückes zeigt ein noch viel deutlicheres Bild. Die selbsttätige Maschine schafft in etwa 24 Minuten die Tagesarbeit der entsprechenden einfachen Zapfenschneidmaschine, ihre Bearbeitungskosten je Werkstück betragen aber trotzdem kaum die Hälfte derjenigen an der acht Stunden voll ausgenutzten einfachen Maschine.

Die Zahlentafel lehrt schließlich, daß auch die ähnliche wirtschaftliche Überlegenheit der doppelten, selbsttätigen Zapfenschneid- und Schlitzmaschinen gegenüber der einfachen Fertigungsweise mit Fräsmaschine und Abkürzkreissäge vorhanden ist. Selbstverständlich kann nicht in allen Fällen von diesem Vorteil der selbsttätigen Maschinen Gebrauch gemacht werden. Ihr Anschaffungswert liegt für manche Betriebe außerhalb des Tragbaren. Aber so viel geht wohl für alle Fälle aus unseren Betrachtungen hervor, daß gegenüber der Fräsmaschinenarbeit durch die einfache Zapfenschneidmaschine kein großer Gewinn zu erwarten ist. Wenn man schon in der Lage ist, überhaupt eine Spezialmaschine für das Zapfenschneiden einzusetzen, wird man vorteilhaft eine doppelte, selbsttätige Maschine wählen, der Preisunterschied ist nicht so beträchtlich.

Bei der Beurteilung derartiger bedeutender Leistungs- und Kostenunterschiede dürfte wohl auch das sicherste Schätzungsvermögen der erfahrensten Betriebsleiter versagen. Hier wird genaue, auf Beobachtungen gestützte Stückzeit- und Kostenrechnung zur Notwendigkeit.

Wie umständlich und zeitraubend verläuft z. B. das Anschneiden schräger Zapfen auf einer gewöhnlichen Zapfenschneidmaschine und wie bequem und gefahrlos dagegen auf einer Maschine mit schrägstellbaren Messerköpfen usw.

Den Höhepunkt der Wirtschaftlichkeit dürfte nach unserem Beispiel im Bereiche der passenden Werkstückabmessungen und -formen wohl die doppelte, selbsttätige Zapfenschneidmaschine darstellen, die ohne Messerköpfe, also vorwiegend mit Kreissägeblättern und nur im Bedarfsfalle mit Schlitzscheiben arbeitet. Erfahrungsgemäß wird aber der ausgesägte Zapfen noch lange nicht auf ganzer Linie als gleichwertig anerkannt. Das Herstellungsverfahren der Zapfen mit vollständigem Zerspanen des abfallenden Holzes durch Messerköpfe oder Schlitzscheiben erfordert aber kräftigere Maschinen, höhere Antriebsleistungen oder entsprechend mehr Zeit. Das sollte man sich in allen Fällen vor Augen halten, wo aus baulichen Gründen der ausgesägte Zapfen verwendet werden kann.

Die Zapfenschneid- und Schlitzmaschine zählt zu den Holzbearbeitungsmaschinen mit vielen auf sehr kleinem Raum anzutreibenden Werkzeugen. Der reine Riemenantrieb wird auch bei ihr eine Quelle beständigen Ärgers und verhältnismäßig hoher Unkosten bleiben. Daher ist es zu begrüßen, daß die anfänglichen Schwierigkeiten, die sich dem elektromotorischen Einzelantrieb jeder Werkzeugwelle, wie zu großer Durchmesser der Messerkopfmotoren und zu niedrige Drehzahl bei normaler Polwechsellzahl des eingeleiteten Drehstromes, durch enge Zusammenarbeit der betreffenden Industriezweige mehr und mehr beseitigt worden sind.

Die Druckknopfteuerung läßt auch die größten und verzweigtesten Konstruktionen der neuzeitlichen selbsttätigen Zapfenschneidmaschinen dem bedienenden Arbeiter einfacher und gefahrloser erscheinen als jede mit Riemen angetriebene Maschine. Dabei wird noch ganz davon abgesehen, zu untersuchen, ob es mit Riemenantrieb überhaupt noch einwandfrei und zu erträglichen Kosten möglich wäre, eine Maschine so zuverlässig und übersichtlich anzutreiben, wie es die bis zu 16 Stück in einer Maschine vereinigten Einzelmotoren tun.

## Möbelausfuhr nach Frankreich

Der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie macht in seiner Wochenschrift bekannt, daß eine von ihm einberufene Versammlung einstimmig die Gründung einer Ausfuhrstelle für Möbel beschlossen habe. Diese habe die Aufgabe, die mit dem französischen Unternehmerverband vereinbarten Kontingentsmengen zu verwalten und zu verteilen und die für die künftige Möbelausfuhr nach Frankreich notwendigen Ausfuhrerlaubnisscheine auszustellen.

Diese Mitteilung wirft einige Fragen auf. In der ersten Veröffentlichung des Unternehmerverbandes über die fragliche Angelegenheit hieß es, daß die Verteilung der vereinbarten Möbelkontingente durch eine von der Reichsregierung zu beauftragenden Stelle erfolgen solle. Jetzt ist von der Reichsregierung keine Rede mehr. Kommt das daher, daß die Reichsregierung mit der ganzen Sache nichts zu tun haben will? Oder kümmert sich die Reichsregierung deshalb nicht um die Durchführung des Kontingentsabkommens, weil sie glaubt, daß der Wirtschaftsverband der Holzindustrie die geeignetste Stelle für die Verwaltung und Verteilung der Kontingente sei?

Wir sind dieses Glaubens nicht. Vor drei Wochen schrieben wir an dieser Stelle: Wir erwarten, daß die Durchführung des Unternehmerabkommens einer Stelle übertragen wird, „von der man die Gewähr hat, daß sie die Verteilung der Kontingentsmenge völlig unparteiisch vornimmt. Die Kontingentsverteilungsstelle darf nicht der Stützpunkt eines Unternehmerverbandes oder eines Interessentenklüngels sein oder werden.“ Wer will bestreiten, daß diese Gefahr bei der jetzt errichteten Ausfuhrstelle besteht? Es wird zwar gemeldet, daß ein Beirat gewählt worden sei, der die Geschäftsführung der Ausfuhrstelle zu überwachen habe. Obwohl die Namen dieser Beiratsmitglieder nicht genannt werden, darf man annehmen, daß es Interessenten oder Beauftragte von Interessenten sind.

Aber angenommen, diese unsere Befürchtungen seien im vorliegenden Falle grundlos, dann fragen wir: Mit welchem Recht zwingt man jene Unternehmer, die sonst mit dem Wirtschaftsverband der Holzindustrie nichts zu tun haben wollen, sich an diese Organisation zu wenden, wenn sie Möbel nach Frankreich ausführen wollen? Wo bleibt hier die „Freiheit der Wirtschaft“? Wenn der Außenhandel geregelt werden muß, dann kann dies niemals eine Sache der Unternehmerverbände sein, sondern dies ist eine Aufgabe des Staates. Im wohlverstandenen Interesse der großen Mehrheit der Unternehmer selbst. Nur eine staatliche Ausfuhrstelle unter gleichberechtigter Mitwirkung von Arbeiter- und Unternehmervertretern bietet volle Sicherheit dafür, daß die Geschäfte völlig unparteiisch geführt werden.

Wenn wir die Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern fordern, dann geht es uns dabei selbstverständlich nicht um die Erlangung von „Pöstchen“. Ach nein, so weit sind wir denn doch nicht, daß wir uns mit Hilfe der Unternehmerverbände ein „Pöstchen“ suchen müßten. Hätten wir heute solche paritätischen Körperschaften und wären dort „Pöstchen“ zu vergeben, dann wäre es bestimmt wieder so, wie es zur Zeit der Außenhandelsstellen war, daß verschiedene Unternehmersyndizi hinter diesen Stellen her wären wie der Fuchs hinter der Gans. Die Redakteure der „Holzindustrie“ und des „Deutschen Holzgewerbes“ hätten sich ihre alberne Bemerkung also sparen können. Im übrigen sollten Leute, die mit Mühe und Not in der Holzindustrie ein „Pöstchen“ gefunden haben, nicht so vorlaut sein. Sie sollten aber wissen, daß der Holzarbeiterverband sich für die Interessen der Holzindustrie schon eingesetzt hat, als sie noch nicht Mode waren, und daß dies noch der Fall sein wird, wenn sie auch von ihren besten Freunden längst vergessen sein werden.

Bearbeitungskosten in Pfennig je Werkstück (Lohn-, Anlage- und Maschinenkosten)

Maschinenart	Werkstück 1 Weichholz 75 cm lang, 75 mm reit, 24 mm dick, Zapfen an beiden Enden je 75 mm lang, 8 mm stark			Werkstück 2 Hartholz 180 cm lang, 200 mm breit, 60 mm dick, Zapfen an beiden Enden je 100 mm lang, 20 mm stark, gekantet		
	Benutzungsdauer der Maschine je Arbeitstag in Stunden					
	1/2	1	8	1/2	1	8
Tischfräsmaschine mit Schwenkarm und Schiebetisch, dazu Abkürzkreissäge...	12,45	8,06	4,23	31,6	20,9	11,6
einfache Zapfenschneidmaschine, mit Kreissägen arbeitend...	5,50	3,50	2,67	—	—	—
desgleichen, mit Messerköpfen arbeitend	9,50	6,02	3,55	5,0	22,4	12,16
doppelte, selbsttätige Zapfenschneidmaschine, mit Kreissägen arbeitend...	1,36	0,83	0,48	—	—	—
desgleichen, mit Messerköpfen arbeitend	2,51	1,69	0,70	5,25	3,21	1,43



# Gesundheit und Körperpflege



## Vom Bettnässen Von Dr. Willi Walden

Unter normalen Verhältnissen lernt das Kind im zweiten Lebensjahr tagsüber, im dritten auch nachts sauber zu sein. Sorgsame und vernünftige Erziehung kann das Ziel auch früher erreichen, schlechte Erziehungsmethoden und Verwahrlosung es hinausschieben.

Daß Kinder von vier und mehr Jahren (es kommt bis ins 10., 12., 14. Jahr vor, ja es trifft auch Erwachsene) ihren Harn noch nachts ins Bett entleeren — am Tage ist es sehr selten — ist krankhaft; die Betroffenen haben die Herrschaft über den Schließmuskel, der die Blase willkürlich schließt und öffnet, noch nicht gewonnen, sind damit auf der Stufe des Neugeborenen geblieben, das den Gebrauch noch nicht gelernt hat.

Wie ist denn der Vorgang der Harnentleerung? Aus den Harnleitern, die von den Nieren kommen, ergießt sich der Harn in die Blase und sammelt sich in diesem Reservoir. Erreicht die Menge des Harns eine gewisse Größe, so zeigt sich das als Harndrang an, der mit der weiteren Füllung der Blase immer stürmischer wird. Die Schließmuskeln der Blase können, wenn man der Mahnung des Harndrangs nicht folgt und den Befehl zur Öffnung der Schleusen nicht gibt, dem von innen geübten Druck nicht mehr völlig standhalten und lassen einige Tropfen heraus, um sich dann wieder zu schließen. Zwischen Auftreten des ersten Harndrangs und dem Harndurchbruch liegt ein langer Zeitraum, groß genug, um rechtzeitige Harnentleerung zu ermöglichen. Ein allzu langes Hinausschieben, wie es besonders von den Frauen aus falsch angebrachter Scham oft geübt wird, kann auf die Dauer Schaden stiften.

Normalerweise ist also genügende Sicherheit dafür getroffen, daß die Harnblase sich nicht ohne den Willen des Betreffenden und zur Unzeit von selbst entleert. Wie kommt es aber nun, daß solche unwillkürlichen Entleerungen doch stattfinden?

Die Ursache ist nicht immer eindeutig zu finden. Wenn man ein organisches Leiden, wie Blasensteine, Verengung der Vorhaut, Entzündung der Eichel, Blasen- und Scheidenkatarrhe, ausschließen kann, auch Madenwürmer und Entzündungen der Rachenmandeln ausschließen, auch die immerhin seltenen Gehirn- und Rückenmarkleiden fortlassen, bei denen unwillkürliches Urinlassen vorkommt, so muß man das Bettnässen, das man mit dem fachlichen Ausdruck „Enuresis“ bezeichnet, als eine funktionelle Neurose betrachten, d. h. als eine Störung in den Verrichtungen der Blase ohne anatomischen Befund, eine oft konstitutionell bedingte Störung, die durch mannigfache Ursachen hervorgerufen, unterhalten und unterstützt wird.

Nicht selten sind konstitutionelle Minderwertigkeiten zu finden, ein Zurückbleiben im Wachstum, verspäteter Eintritt der Pubertät, mangelhafte Entwicklung der Muskulatur usw. Intellektuelle Schwäche als Zeichen allgemein degenerativer Veranlagung ist nur selten vorhanden; aber seelische Anomalien sind häufig. Gleichgültigkeit und Indolenz hier, Übererregbarkeit und Überempfindlichkeit dort.

In vielen Fällen ist Bettnässen ein Erziehungsfehler. Kein Wunder daher, daß sich das Übel besonders da findet, wo abnorme Elternverhältnisse vorliegen, in geschiedenen Eben, bei unehelichen Kindern, in unzureichender Pflege. Hin und wieder mag auch die Ursache in übergroßer Schlaftiefe liegen, in der auch die Schließmuskeln der Blase erschaffen, da führt ein schwacher Reiz nicht zum spontanen Erwachen und zum wachen Urinlassen, sondern wirkt sich als Traum aus, als Schwimmen, Kahnfahren, auf dem Trossi stehen, und der Urin geht im Schlaf ab.

Es liegt also im wesentlichen eine motorische Schwäche der Schließmuskeln und sensible Unempfindlichkeit gegen den Reiz der Blasenfüllung vor, aufgebaut auf nervöser, neuropathischer Grundlage.

Gemäß dieser vorwiegenden Ursache wird die Behandlung hauptsächlich eine seelische, erzieherische sein müssen. Strafen, besonders Prügeln, sind völlig verkehrt, was nicht ausschließt, die Kinder fester anzufassen, zur eigenen Aufmerksamkeit anzuregen und suggestiv zu beeinflussen. Um den Eintritt der nächtlichen Harnentleerung zu erschweren, gibt man eine möglichst reizlose, schwach gesalzene, mäßig gewürzte Kost, nach 5 1/2 Uhr überhaupt keine flüssige Nahrung mehr, zum Abendessen meist Butterbrot mit Würst, Käse oder hartem Ei. Keine Breis, keine Kartoffeln und Kartoffelspeisen, auch kein Obst und grüne Gemüse. — Vor dem Schlafengehen haben die Kinder zu urinieren, werden um 11 und 5 Uhr geweckt, so daß sie völlig wach werden und die Blase ganz entleeren. Hierbei ist aber zu individualisieren: manche an sich schwächliche Kinder mit leisem unruhigem Schlaf können durch solche Wecktherapie noch nervöser und erregbarer werden, als sie an sich schon sind. Bei diesen Kindern muß man also von dieser Methode absehen, sobald sich irgendwelche Zeichen körperlicher und geistiger Ermüdbarkeit und von Gewichtsabnahme zeigen.

Das Bett sei nicht weichlich, keine Federbetten, sondern nur Decken. Der Patient soll im Schlaf Seitenlage einnehmen; um das zu erreichen, bindet man ihm ein Tuch um den Leib mit Knoten auf dem Rücken, so daß er, wenn er sich auf den Rücken legen will, wach wird. Vorteilhaft ist es, den Unterkörper höher zu lagern, indem man das Fußende des Bettes höher stellt.

Von großer Wichtigkeit ist allgemeine Kräftigung. Man gibt Kalk- und Phosphorpräparate, Eisen und Arsen, laue Sitz- und Halbbäder. Die elektrische Behandlung ist ebenso wie die Vibrationsmassage meist wohl mehr von psychischer Wirkung, ist aber aus diesem Grunde oft nicht zu entbehren. Denn — wir sagten es schon — die psychische, seelische Beeinflussung, die suggestive Behandlung, eventuell unter Zuhilfenahme der Hypnose, ist die erfolgversprechendste Methode.

Man muß versuchen, das Ehr- und Schamgefühl zu wecken, darf es aber nicht durch Bloßstellung vor Kameraden oder durch Züchtigungen untergraben. Man soll die Patienten nicht dem Gespött anderer Kinder preisgeben, darf sie nicht auslachen, muß sie ernst nehmen. Denn die Kinder, besonders die größeren, leiden selbst am meisten unter ihrem Zustand und werden dadurch niedergedrückt.

Von Medikamenten, denen man einen direkten Einfluß zuschreibt, sei vor allem das Atropin genannt, ferner Ephedrin, Urotropin, Kampfer, Strychnin. Auch Organpräparate werden verwandt. Von allen diesen Medikamenten ist zu sagen, daß sie bei vorsichtiger Anwendung Gutes stiften und die sonstige Behandlung unterstützen können, daß sie aber auch oft im Stiche lassen. Ein Spezifikum haben wir nicht.

Die Heilungsaussichten sind, so langwierig die Behandlung manchmal sein mag, im allgemeinen günstig. Die Vereinigung verschiedener Verfahren, die wir nicht alle im Rahmen dieses Aufsatzes erwähnen konnten, führt meist zum Ziel, hilft ein Übel beseitigen, das man nicht als geringwertig betrachten darf. Die körperlichen und seelischen Qualen sind für die Betroffenen sehr groß, treiben sie oft zur Verzweiflung, besonders wenn die Kinder größer geworden sind und das Bewußtsein ihrer Schwäche stärker empfinden, noch mehr, wenn das Übel, was vorkommt, über die Jugendzeit hinaus bestehen bleibt. Es sind unglückliche Menschen, die von ihren Leiden zu befreien dringende ärztliche Aufgabe ist.

In manchen Fällen kann es zweckmäßig sein, Kinder, bei denen man mit häuslicher Behandlung nicht vorwärtskommt oder denen sorgsame häusliche Pflege fehlt, in Heilstätten zu verweisen, die besondere Abteilungen für Bettnässen errichtet haben.

## Gelbsucht

Die Gelbsucht ist nur ein Symptom, keine Krankheit, und entwickelt sich bei den verschiedensten Krankheiten. Meistens eine Folge der Behinderung des Gallenabflusses, welche wiederum verursacht wird durch Gallensteine in den Gallengängen oder durch eine entzündliche Schwellung der Schleimhaut des Zwölffingerdarmes an der Einmündung des Gallenganges oder durch Geschwülste der umliegenden Organe (Leber, Magen, Bauchspeicheldrüse, Drüsen), die einen Druck auf den Gallengang ausüben.

Die Farbe des Harns ist gewöhnlich schon vor Verfärbung der Haut und Schleimhäute dunkelgelb und wird oftmals dunkelbraun. Der Stuhlgang nimmt, sobald keine Galle in den Darm gelangt, eine schiefergraue oder tonartige Farbe an, die auf der Nichtverdauung des Fettes beruht.

Die Gelbsucht kann auch durch Gifte, sowohl chemische wie bakterielle, erzeugt werden. Von chemischen Giften sind es besonders Arsen und Phosphor, welche Gelbsucht hervorrufen, während bei verschiedenen Infektionskrankheiten (gelbes Fieber, Flecktyphus, Malaria, allgemeine Blutvergiftung und andere) die Bakterien die Ursache abgeben. Auch am Ende von Influenza-Epidemien wurden zahlreiche Fälle von Gelbsucht beobachtet. Endlich kennt man auch eine syphilitische Gelbsucht.

Nicht unerwähnt soll bleiben die Gelbsucht der Neugeborenen, die aber kaum als Krankheit betrachtet werden kann, da etwa jedes dritte bis vierte neugeborene Kind in den ersten zwei Lebenswochen davon befallen wird. Über die Ursache dieser Erscheinung sind sich die Gelehrten noch nicht einig. Da die Ernährung der Kinder dadurch nicht leidet, so ist auch keine Behandlung erforderlich.

Dagegen verlangt die Gelbsucht der Erwachsenen die allergrößte Aufmerksamkeit der Patienten und des Arztes. Nur die genaueste Untersuchung durch den letzteren kann die Krankheit feststellen, welche das so auffallende Symptom der Gelbsucht erklärt. Erst dann kann ein Heilplan aufgestellt werden, der sich selbst bei der mildesten Form über Wochen erstrecken wird.

Die harmloseste Ursache der Gelbsucht ist ohne Frage der Katarrh des Zwölffingerdarmes, welcher durch strenge Diät und Abführmittel in zwei bis vier Wochen gewöhnlich zur Heilung gebracht werden kann. Wesentlich längere und häufigere Kuren erfordern die Gallensteinkrankheit und die entzündlichen Zustände der Gallenblase und Gallengänge.

Hier ist dauernde ärztliche Beobachtung notwendig, damit, was bisweilen nicht zu umgehen ist, rechtzeitig ein lebensrettender chirurgischer Eingriff vorgenommen wird.

Bei dieser Mannigfaltigkeit der Ursachen der Gelbsucht kann gar nicht dringend genug davor gewarnt werden, sie zu vernachlässigen oder gar von Kurpfuschern behandeln zu lassen.

## Kinderunarten?

Bei Kindern, die als unverbesserlich unartig gelten, lassen sich sehr oft Störungen in der Funktion ihrer Körperdrüsen beobachten. Nach diesen Forschungen hängt das dauernd unartige und widerspenstige Betragen vieler Kinder nur mit der Beschaffenheit ihres Drüsensystems zusammen, weshalb man solche Kinder lieber ärztlich untersuchen lassen sollte, als sie für wirklich schlecht zu halten und zu bestrafen. Wie sehr körperliche Störungen die seelische Verfassung des Kindes verändern können, zeigte sich auch darin, daß Kinder, welche die Schlafkrankheit durchmachten, plötzlich zu anderen Menschen wurden. Es ist festgestellt worden, daß Kinder, die vorher brav und folgsam gewesen waren, wenn sie die Schlafkrankheit überstanden hatten, zu jugendlichen Verbrechern wurden. Wie von einem Zwang getrieben, gingen sie an zu stehlen, zu raufen und bei jeder Gelegenheit

durchzubrennen, wie überhaupt sich in jeder Hinsicht gegen das Gesetz aufzulehnen. Ob sich diese Störungen in späteren Jahren vielleicht wieder verlieren, läßt sich bis jetzt nicht sagen. Tatsache aber ist, daß die Beschaffenheit und Funktion der Körperdrüsen den kindlichen Geist mehr beeinflussen, als man bisher wußte.

## Lungenentzündung

Erfahrungsgemäß treten die meisten Fälle von Lungenentzündung in den Übergangszeiten auf. Klimatische Einflüsse, Erkältung, Durchnässung, spielen hierbei eine Rolle, doch sind dies nicht die alleinigen Ursachen einer Lungenentzündung. Einatmung von giftigen Gasen, Staub, Fremdkörper, auch Brustquetschungen können gelegentlich das Auftreten einer Lungenentzündung begünstigen. Erforderlich ist stets das Vorhandensein gewisser Bakterien, die jedoch jeder gesunde Körper beherbergt. Diese Bakterien können infolge der vom Organismus gebildeten Abwehrstoffe einem gesunden Menschen nichts anhaben, bei einem aber bereits durch Erkältung geschädigten oder geschwächten Menschen können sie das schwere Krankheitsbild einer Lungenentzündung hervorrufen.

Als erstes Krankheitszeichen tritt meistens ein ganz plötzlich eintretender heftiger Schüttelfrost mit nachfolgendem hohem Temperaturanstieg auf 39 bis 41 Grad auf. Bald stellt sich ein starker Hustenreiz und mehr oder weniger heftiges Brustseitenstechen ein. Atmung und Puls sind beschleunigt, die Gesichtsfarbe ist rotbläulich, durch den starken Hustenreiz wird in den meisten Fällen ein rostbraun gefärbter Auswurf entleert. Dieses Krankheitsbild entwickelt sich sehr schnell im Verlauf von einigen Stunden. Nach 6 bis 10 Tagen, selten später, zuweilen auch schon nach 4 Tagen tritt unter starkem Schweißausbruch plötzliche Entfieberung ein. In einem Teil der Fälle geht nach Ablauf dieser Zeit das Fieber allmählich herunter, und nach 3 bis 4 Tagen bestehen wieder normale Temperaturen. Das Allgemeinbefinden des Kranken bessert sich langsam, der Appetit regt sich, und bei normalem Verlauf der Krankheit kann das Bett ungefähr 14 Tage nach Krankheitsbeginn zunächst für einige Stunden täglich verlassen werden.

Zuweilen tritt allerdings zur Lungenentzündung eine Brustfellentzündung hinzu, mit Auftreten von Flüssigkeit im Brustfellraum. Dadurch kann die Krankheitsdauer erheblich verlängert werden, doch tritt auch hier in den meisten Fällen nach 4 bis 6 Wochen völlige Genesung ein.

Was den Ausgang der Krankheit angeht, so läßt sich im allgemeinen sagen, daß die Lungenentzündung zu den gutartigen Infektionskrankheiten gehört. Die Mehrzahl der Fälle verläuft bei vorher gesunden und kräftigen Menschen günstig und endet mit vollständiger Heilung. Ungünstiger liegen die Verhältnisse bei älteren, besonders fettleibigen Personen, bei Alkoholikern und bei einem schon vor Auftreten der Krankheit geschädigten und kranken Körper. Besonders ein schon bestehender Herzfehler kann durch plötzlich eintretende Herzmuskelschwäche den Tod herbeiführen. Doch gelingt es auch bei diesen Fällen noch häufig, durch geeignete ärztliche Behandlung der Krankheit Herr zu werden.

Auf alle Fälle ist es notwendig, bei plötzlichem Auftreten eines Schüttelfrostes, der fast stets den Ausbruch einer schweren Krankheit anzeigt und häufig der Vorbote einer Lungenentzündung ist, den Arzt zu benachrichtigen, damit möglichst frühzeitig die notwendige Behandlung eingeleitet werden kann.

Man schützt sich vor einer Lungenentzündung, indem man nach Möglichkeit alle die bereits angeführten Schädlichkeiten zu vermeiden sucht, die geeignet sind, den Ausbruch der Krankheit zu begünstigen. Besonders gefährlich sind plötzliche Abkühlungen eines vorher erhitzten Körpers!



